



Detailansicht des Registereintrags

Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH) e.V.

Aktuell seit 05.03.2026 12:55:15

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001888
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	05.03.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	16.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Am Weidendamm 1 A 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493072625600 E-Mail-Adressen: info@cdh.de Webseiten: cdh.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

90.001 bis 100.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,65

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dirk Goeldner**
Funktion: Präsident
2. **Ralf Pape**
Funktion: Vizepräsident
3. **Klaudia Stein**
Funktion: Vizepräsidentin
4. **Christoph Stoffel**
Funktion: Vizepräsident
5. **Peter Naß**
Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Eckhard Döpfer**
2. **Ass. jur. Marta Zelewska**
3. **Jens Wolff**
4. **Petra Ullrich**
5. **Dirk Goeldner**
6. **Ralf Pape**

Gesamtzahl der Mitglieder:

7 Mitglieder am 03.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. Gesellschaft zum Studium Strukturpolitischer Fragen e.V.
2. Bund der Steuerzahler
3. Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (29):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Außenwirtschaft; Erneuerbare Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich

"Europapolitik und Europäische Union"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Urheberrecht; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Rechtspolitik; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Krankenversicherung; Rente/Alterssicherung; Unfallversicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Güterverkehr; Personenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Familienpolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die CDH e.V. ist die Dachorganisation der angeschlossenen 7 CDH Wirtschaftsverbänden aus ganz Deutschland. Sie vertritt die Interessen der selbstständigen Vertriebsunternehmer/-innen auf der Großhandelsstufe über alle Branchen hinweg - Handelsvertretungen, Industrievertretungen, Handelsagenturen, Handelsmaklerfirmen, Vertriebsingenieurbüros, Vertragshändlern - alle auf der Großhandelsstufe. Die CDH e.V. versteht sich als Dienstleistungszentrum für Vertrieb mit zwei Zielrichtungen. Beeinflussung und Mitgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen für Vertriebsunternehmen in Berlin und Brüssel sowie die Bereitstellung von umfangreichen Beratungs-, Informations- und Serviceleistungen für die Geschäftstätigkeit der Mitgliedsunternehmen der angeschlossenen Wirtschaftsverbände. Die CDH e.V. repräsentiert insoweit die rund 35.000 selbständigen Vertriebsunternehmer/-innen auf der B2B-Ebene in Deutschland. Ziel ist die Förderung und Wahrung der berufsständischen Interessen.

Die CDH e.V schaltet sich in deren Interesse in das politische Geschehen ein, engagiert sich während der laufenden Gesetzgebungsvorhaben und thematisiert Verbesserungspotentiale. Sie bezieht Stellung und nimmt Einfluss auf die Gestaltung der dem Mitgliederkreis entsprechenden Rahmenbedingungen. Schwerpunkte sind die Wirtschaftspolitik, die Rechts-, Steuer- und Sozialpolitik, sowie das Verkehrswesen und Umweltfragen. Sie steht hierzu im ständigen Austausch mit den Medien und Vertretern/Vertreterinnen aus Wirtschaft und Politik.

Konkrete Regelungsvorhaben (6)

1. **Erhaltung des geltenden AGB-Rechts auch im B2B-Bereich als Mitglied der Verbändeinitiative Pro AGB-Recht**

Beschreibung:

Die Behauptung, die Erfolgchancen von „Commercial Courts“ hingen von einer weniger starren AGB-Kontrolle ab, ist weder schlüssig noch belegbar. Im Gegenteil: Von der Rechtssicherheit und Verhandlungsklarheit des etablierten deutschen AGB-Rechts profitieren alle Geschäftspartner, indem Risiken bei Vertragsverhandlungen überschaubar bleiben, Verlässlichkeit hinsichtlich unwirksamer Vertragsklauseln gewährleistet wird, kosten- sowie zeitintensive Rechtsberatungsleistungen im Rahmen bleiben und gleichzeitig Spielraum für individuelle Abreden bleibt. Diese Faktoren machen das deutsche AGB-Recht attraktiv und zukunftssicher.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/11466 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 20/8649 - Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit - (Justizstandort-Stärkungsgesetz)

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; ZPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406170108 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

2. SG2505200007 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.05.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Existierende Einstiegshürden für Selbständige abbauen und Rechtssicherheit bei Selbständigen erhöhen.

Beschreibung:

Gründerfreundliche Ausgestaltung der Altersvorsorgepflicht für Selbständige

Einkommensbezogene Erhebung der GKV-Beiträge

Gleiche Sozialbeiträge für Selbständige und Arbeitnehmer

Mutterschutz für Selbständige nachhaltig und praktikabel finanzieren

Keine Experimente bei der Definition von Selbständigkeit

Für eine ganzheitliche Existenzgründungsstrategie –

Vielfalt fördern, Wirtschaft stärken

Gründungen durch ein Existenzförderungsgesetz erleichtern

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 6 [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu];
Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2505190012 (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.04.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Mutterschutz für Selbständige**Beschreibung:**

Der Mutterschutz für Selbständige soll reformiert werden, um finanzielle Benachteiligungen abzubauen und Chancengleichheit zu schaffen. Wir fordern eine Steuerfinanzierung als vorrangige Option. Alternativ sind Versicherungsmodelle denkbar, die eine flexible, bedarfsgerechte Absicherung ermöglichen. Ein Umlagesystem analog zur U2-Umlage lehnen wir ab. Zudem setzen wir uns dafür ein, Hinzuverdienstmöglichkeiten während der Mutterschutzzeit zu schaffen.

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu];
Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich
"Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Familienpolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510160010 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

4. Reform des Arbeitszeitgesetzes**Beschreibung:**

Flexibilisierung des geltenden Arbeitszeitgesetzes - Wir fordern von der Bundesregierung und den regierungstragenden Fraktionen, zeitnah die rechtlichen Voraussetzungen für eine wöchentliche anstelle einer täglichen Höchstarbeitszeit zu schaffen, wie es die EU-Arbeitszeitrichtlinie bereits ermöglicht. Die europäische Arbeitszeitrichtlinie bietet den notwendigen Rahmen, um Flexibilität und Arbeitnehmerschutz miteinander zu vereinen.

Betroffenes geltendes Recht:

ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu];
Familienpolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512220092 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.12.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

5. Rentenpaket 2025

Beschreibung:

Laut aktuellen Berechnungen der Prognos AG im Auftrag der INSM übersteigen die tatsächlichen Kosten die bisherigen Schätzungen deutlich: Bis 2050 entstünde eine zusätzliche Belastung von fast 480 Milliarden Euro – das entspricht in etwa dem gesamten Volumen des schuldenfinanzierten Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaschutz. Die jährlichen Mehrkosten stiegen gegenüber der geltenden Rechtslage von 18,3 Milliarden Euro (2031) auf 27 Milliarden Euro (2050). Der von der Regierung beschlossene Gesetzentwurf geht damit weit über den Koalitionsvertrag hinaus, der „nur“ eine Zusatzbelastung von insgesamt gut 123 Milliarden Euro bis 2050 gegenüber der aktuellen Rechtslage verursachen würde. Schon diese Koalitionsvereinbarung ist aus Sicht der unterzeichnenden Verbände ein Fehler.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/1929 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten

Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 6 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Familienpolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512220096 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.11.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

6. Reform des Statusfeststellungsverfahrens und Stärkung der Rechtssicherheit für Selbständige**Beschreibung:**

Ziel der Einflussnahme ist die Reform des Statusfeststellungsverfahrens nach § 7a SGB IV sowie angrenzender sozialversicherungs- und strafrechtlicher Regelungen zur Abgrenzung selbständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung. Dies umfasst insbesondere die gesetzliche Klarstellung der Abgrenzungskriterien in § 7 SGB IV, die Wiedereinführung eines Vertrauensschutzes bei rückwirkender Feststellung von Versicherungspflicht (§ 7b SGB IV), Anpassungen der strafrechtlichen Regelung in § 266a StGB, die Einführung eines beschleunigten Statusklärungsverfahrens, institutionelle Verfahrensverbesserungen bei der Deutschen Rentenversicherung sowie die Aktualisierung untergesetzlicher Verwaltungsvorgaben zur Statusfeststellung.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 4 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603050016 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.02.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

Versendet am 25.02.2026 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

400.001 bis 410.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):

1. CDH NOW! Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung und Vertrieb e.V
2. CDH-Wirtschaftsverband für Vertrieb e.V.
3. CDH Mitte Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung und Vertrieb, Hessen, Thüringen und Rheinland-Pfalz e.V.
4. CDH Rhein-Ruhr/OWL - Wirtschaftsverband für Vertrieb e.V.

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2024-GuV-CDH.pdf